

Fahrerin beim Bankraub zu sein. Vielleicht wird hierbei noch ein weiteres verbindendes Element deutlich: Victoria und die Jungs träumen von einem besseren Leben mit mehr Geld.

Die Umkehrung wirtschaftlicher Verhältnisse der Akteure und die konsequente Verständigung auf Englisch porträtieren ein Europa, das ganz natürlich zusammengehört, in dem man interessiert miteinander kommuniziert und sich – wie am Beispiel von Victoria – ohne viele Fragen und Misstrauen gemeinsam in ein Abenteuer begibt. Ein Europa jenseits der Klischees. Dabei trifft der Film trotz seines rasanten

Plots auch die Zwischentöne, es bleibt Zeit für Details, für das Aufbauen von Beziehungen zwischen den Charakteren. Sebastian Schipper hat mit *Victoria* – neben einem gelungenen filmischen Experiment – auch einen sehr europäischen Film geschaffen: Er zeigt eine europäische Gemeinschaft, die im Alltäglichen selbstverständlich ist. Es ist ein Film über Solidarität, der zur richtigen Zeit kommt: Debatten über ein Auseinanderbrechen der Eurozone und der EU (Merkels Diktum: »Scheitert der Euro, scheitert Europa«) tritt er mit einem selbstverständlichen, alltäglichen Europa entgegen.



Rainald Manthe

ist Soziologe und Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er forscht zu sozialen Bewegungen und dem Weltsozialforum und engagiert sich bei der bildungspolitischen Initiative »Was bildet ihr uns ein?«.

rmanthe@me.com

Andreas Eckert

Die Geschichte der Menschenrechte

Jan Eckel über die Ambivalenz des Guten

Die Menschenrechte, verstanden als universale Rechte, die jedem Menschen zukommen, sind als Rechtsnorm wie als politisch-moralische Referenz erst in den vergangenen Jahren ein wichtiges Thema der Geschichtswissenschaft geworden. In der einschlägigen Forschung hat sich dabei weitgehend die Überzeugung durchgesetzt, Menschenrechte als historisch kontingenten Gegenstand von Politik zu verstehen, der nach 1945, vor allem aber in den 70er Jahren, zu einem globalen Leitbegriff wurde, mit dessen Hilfe politische Ansprüche formuliert werden konnten. Der US-Historiker Samuel Moyn hat Menschenrechte unlängst als »die letzte Utopie« des Westens bezeichnet und als eine Art sanften, von allen totalitären Zwangsbeglückungen

gereinigten Traum von einer besseren Welt beschrieben. Menschenrechte gelten gegenwärtig allerdings häufig als eine leidenschaftslose politische Routine, die ihre einstige Bedeutung als hoffnungsträchtige Ambitionen eingebüßt haben. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass in ihrem Namen viel Schindluder getrieben wurde. Hatte nicht etwa George W. Bush behauptet, die Menschenrechte im Irak schützen zu wollen?

Der Freiburger Historiker Jan Eckel bietet in seiner umfangreichen Schrift nun eine vorzügliche Geschichte der Menschenrechte, die ideen- und begriffshistorische Aspekte mit der Analyse der komplexen politischen Praxis verknüpft. Doch wo soll eine solche Geschichte einsetzen? Zwar

sieht der Autor in manchen Bereichen Vorläufer in früheren Zeiten, etwa im Kampf gegen Sklavenhandel und Sklaverei, doch unterstreicht er mit Nachdruck, dass wir es nach 1945 mit einer historisch bemerkenswert neuartigen Gesamtkonstellation zu tun haben: »Dass Menschenrechte für so viele Regierungen eine wie auch immer bedeutsame Rolle spielten, in der nationalen Außenpolitik wie auch international so stark institutionalisiert waren, so langfristig auf der internationalen Bühne präsent blieben, weltweit ausstrahlten, immer wieder große politische Aufmerksamkeit auf sich zogen – das hatte es in keiner anderen historischen Phase zuvor gegeben.«

Auf der Grundlage einer beeindruckend breiten Aktenbasis und seiner verblüffenden Kenntnis der einschlägigen Forschungsliteratur webt Eckel ein klug arrangiertes, zuweilen ein wenig zu detailverliebtes Narrativ, das sich auf drei grundlegende Deutungslinien stützt. Erstens beschreibt er die Geschichte der internationalen Menschenrechtspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg als polyzentrisch. Ganz unterschiedliche Akteure an verschiedenen Orten – jüdische Organisationen, Föderalisten in Europa, lateinamerikanische Regierungen, später Aktivisten in aller Welt – griffen menschenrechtliche Vorstellungen auf und setzten sie aus verschiedensten Motivationen politisch ein. Sie wollten helfen oder sich selbst schützen, ihren politischen Idealen Geltung verschaffen oder politische Gegner diskreditieren. Auf diese Weise erlangte der Begriff der Menschenrechte im Verlauf der Jahrzehnte diverse, nicht selten auch widersprüchliche Bedeutungen.

Zweitens zeigt der Autor die Ambivalenz menschenrechtspolitischer Initiativen anhand vieler Beispiele. Sie offenbart sich in den Motiven, aus denen sich Politiker und Aktivisten den Menschenrechtsgedanken aneigneten, ferner in der praktischen Ausgestaltung ihrer Politik und schließlich in den Wirkungen, die diese

entfaltete. Der Propagandafeldzug der US-Regierung gegen die Zwangsarbeit in der Sowjetunion war primär der Versuch, den Systemgegner zu diskreditieren, mochte er auch am Ende einigen Internierten zugutekommen. Die Aktivisten von Amnesty International beabsichtigen ohne Zweifel, das Schicksal von Häftlingen in fremden Ländern zu verbessern. Zugleich geht es ihnen darum, ihre eigene Moralität zu befeuern und sichtbar zu dokumentieren. Diktaturen reagierten im Übrigen höchst unterschiedlich auf internationale Kampagnen. Mal wurden Gefangene freigelassen, mal die Unterdrückung von Oppositionellen noch verschärft. Die Menschenrechtsidee bewies zuweilen, resümiert Eckel, »subkutane Wirkkraft, aber ebenso oft kontraproduktive Folgen. Sie speiste sich aus dem Neben- und Ineinander von Moral und Kalkül, von Vision und Strategie, von Schutzbedürfnis und Machtambitionen, von idealistischem Veränderungswillen und zynischer Verschleierung.«

Drittens schließlich zeigt das Buch, wie unterschiedlich sich Menschenrechtsidee und -politik im Zeitverlauf ausprägen konnten. Unmittelbare Kontexte, argumentiert Eckel überzeugend, erweisen sich für das Verständnis der Menschenrechtsgeschichte in der Regel als wichtiger und erklärungsrelevanter, als ferne historische Ursachen oder langfristige Kontinuitäten. So hatten, um nur ein Beispiel zu nennen, zahlreiche Mitglieder von Amnesty International den internationalen Protest der 60er Jahre vor Augen, als sie sich im folgenden Jahrzehnt dem Menschenrechtsaktivismus verschrieben. Die internationale Menschenrechtspolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeichnete sich insgesamt durch kurzfristige Schübe und Momente der Verdichtung aus, in denen, so der Autor, »besonders starke Energien in menschenrechtspolitische Vorstellungen flossen und diese besonders vielen Akteuren als notwendig, sinnvoll und aussichtsreich erschienen«.

Einer dieser Verdichtungsmomente waren, wie Eckel darlegt, die ersten fünf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. In dieser Zeit fasten Menschenrechte in der internationalen Politik Fuß, »Menschenrechtsschutz erschien als ein Garant wirksamer internationaler Sicherheitsstrukturen ... Die Gefahr, die dem staatlichen Zusammenleben von der zum Krieg treibenden Dynamik radikaler Diktaturen drohte, sollte künftig im Keim erstickt werden.« Freilich stießen diese Versuche schon bald an ihre Grenzen, etwa aufgrund der faktischen Trennung von internationaler Sicherheit und Menschenrechtsfragen im Kontext des Ost-West-Konfliktes. Für die Dekolonisierungsbewegung war die Sprache des Nationalismus und der revolutionären Gewalt bedeutsamer als das Konzept der Menschenrechte, auf das sich viele Politiker und Intellektuelle der sich formierenden »Dritten Welt« vor allem beriefen, um die Heuchelei des Westens zu demaskieren.

Die 70er Jahre konstituierten eine entscheidende Phase in der Geschichte der Menschenrechte. Ihr größter gemeinsamer Nenner in dieser Dekade war, dass sie »ein multifunktionales moralpolitisches Erneuerungsversprechen darstellten«. Moralität wurde als wichtige politische Ressource entdeckt und Akteure im Feld der Menschenrechte bezogen sich beständig auf ethische Ideale, altruistische Impulse, humanitäre Bedürfnisse und religiöse Vorstellungen von Nächstenliebe. Frustriert über den »realpolitischen« Zynismus, schrieben sich Regierungen wie die Administration Jimmy Carters in den Vereinigten Staaten oder die Niederlande unter Premier Joop den Uyl eine offensivere Menschenrechtspolitik auf ihre Fahnen. Die Politik einiger repressiver Regime wurde mit »Menschenrechtsverletzungen« iden-

tifiziert und erhielt auf diese Weise einen zählbaren Makel. Dies galt insbesondere für Chile, dem Eckel ein umfassendes, quellengestütztes Kapitel widmet, das für sich fast schon eine eigenständige Monografie darstellt. Das Vorgehen gegen die chilenische Militärjunta, welche nach dem Putsch im September 1973 gegen den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende im Land herrschte, stellt »einen der eklatantesten Fälle der politischen Verurteilung und Isolierung eines Staates dar, den die internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte«, schreibt der Autor.

Gerade in der Auseinandersetzung mit Chile nahm der Begriff der Menschenrechte eine vergleichsweise präzise Bedeutung an. Er bezog sich auf physische Gewalt und auf die Abschaffung politischer und bürgerlicher Freiheiten. Aber Eckel zeigt am Beispiel Chiles auch, dass Erfolge in der Menschenrechtspolitik immer mit Abbrüchen, Teilsiegen und Umdeutungen einhergingen. Die chilenische Diktatur erwies sich über Jahre hinweg als resistent gegenüber Kritik von außen. Dies gilt ebenso für das südafrikanische Apartheidregime und auch die osteuropäische Dissidentenbewegung wurde in vielen Ländern zerschlagen. Gleichwohl fällt das Resümee des Buches nicht durchweg negativ aus. Menschenrechtspolitische Initiativen, dies zeigt Eckel in seiner imposanten Studie, transformierten die internationalen Beziehungen im vergangenen Jahrhundert auf eine grundlegende, langfristige, wenn auch oft subtile Weise.

Jan Eckel: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015 (2. Auflage), 936 S., 59,99 €.



Andreas Eckert

ist Professor für die Geschichte Afrikas an der Humboldt Universität Berlin und Direktor des Internationalen Geisteswissenschaftlichen Kollegs »Arbeit und Lebenslauf in globalhistorischer Perspektive.«

andreas.eckert@asa.hu-berlin.de